

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **EP UND KOMMISSION: LANDESVERTRETUNGEN NICHT MIT PRIVATEN LOBBIYSTEN GLEICHZUSETZEN**

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat am 11.05.2011 mit großer Mehrheit den Bericht von MdEP *Carlo Casini* zum Abschluss der Vereinbarung zwischen EP und Kommission über ein Gemeinsames Transparenzregister angenommen. Durch Billigung des vom Konstitutionellen Ausschuss (AFCO) am 19.04.2011 beschlossenen Berichts (EB 08/11) hat das Plenum auch die Kompromissformulierungen übernommen, in denen der AFCO die Gleichstellung der Vertretungen und Büros von Ländern und Regionen mit privaten Lobbyisten im Gemeinsamen Transparenzregister abgelehnt hat. Diese Änderungen gehen auf zahlreiche Anträge vor allem deutscher Abgeordneter zurück, die eine solche Gleichstellung abgelehnt haben.

### **EP-PLENUM VOM 09. - 12.05.2011 IN STRASSBURG: WEITERE WESENTLICHE ERGEBNISSE**

Als Schwerpunkte der Plenarsitzung des EP vom 09. - 12.05.2011 sind aus dem Geschäftsbereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“ als weitere Themen die EU-Haushaltsentlastungen für 2009 und die Prioritäten des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) hervorzuheben. Das EP hat am 10.05. im Rahmen des Haushaltsentlastungsverfahrens den überwiegenden Teil der EU-Ausgaben aus dem Jahr 2009 nachträglich genehmigt, allerdings die Entlastung für das Europäische Polizei-Kolleg, die Europäische Arzneimittelagentur und den Ministerrat auf Empfehlung des Haushaltskontrollausschusses verschoben (s. auch Beiträge des StMF und StMI in diesem EB). In einer allgemeinen Debatte über die Schwerpunkte der Arbeit des EAD, der vor sechs Monaten seine Arbeit aufgenommen hat, forderten die Abgeordneten des EP unter Führung der EVP- und S&D-Fraktionen die Hohe Vertreterin *Catherine Ashton* dazu auf, stärker auf ein geeintes Auftreten der Gemeinschaft gegenüber den arabischen Staaten hinzuwirken. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Kommission die angekündigte Revision des Europäischen Nachbarschaftsprogramms noch nicht vorgelegt hat.



## **EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER: ZAHL DER BESCHWERDEN ZURÜCKGEGANGEN**

Nach Mitteilung des Europäischen Bürgerbeauftragten *P. Nikiforos Diamandouros* ist die Zahl der Beschwerden über das Verhalten von EU-Behörden von 3.098 im Jahr 2009 auf 2.667 im Jahr 2010 zurückgegangen. In absoluten Zahlen stammen die meisten Beschwerden aus Deutschland (375) und Spanien (349). Allerdings liegt die Zahl der Beschwerden im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil in Luxemburg, Zypern und Belgien höher.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **AUSSERORDENTLICHER JI-RAT AM 12.05.2011**

- Diskussion über Mitteilung der Kommission zur Migration
- Debatte über EU-Rückübernahmeabkommen
- Aussprache zu möglichen Änderungen der FRONTEX-Verordnung
- Katastrophenschutz: Vorschlag zur Aufnahme von Nuklearunfällen in die prioritären Referenzszenarien.

## **BERICHTE ÜBER WIEDEREINFÜHRUNG PERMANENTER GRENZKONTROLLEN DURCH DÄNEMARK HEIZEN DISKUSSIONEN ÜBER SCHENGEN WEITER AN**

Berichte, wonach Dänemark an den Grenzen zu Deutschland und Schweden wieder permanente Grenzkontrollen einführen wolle, haben die Diskussion über das Schengen-Regime weiter angeheizt. Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* machte in einem Schreiben an die dänische Regierung deutlich, dass eine erste Bewertung Zweifel aufwerfe, ob die Maßnahme mit dem Binnenmarkt und dem Schengen-Abkommen vereinbar sei und verwies auf die Möglichkeit der Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens. In der Rats- tagung am 12.05.2011 erklärte Dänemark, bei den Berichten handle es sich um ein Missverständnis.



**EUGH: EU-BÜRGER, DIE NOCH NIE IHR FREIZÜGIGKEITSRECHT AUSGEÜBT HABEN, KÖNNEN SICH NICHT AUF DIESES RECHT BERUFEN, UM IHREM AUS EINEM DRITTSTAAT STAMMENDEN EHEGATTEN EIN AUFENTHALTSRECHT ZU VERSCHAFFEN**

Mit Urteil vom 05.05.2011 hat der EUGH entschieden, dass Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, nicht auf einen Unionsbürger anwendbar ist, der noch nie von seinem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch gemacht und sich stets in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehöriger er ist, aufgehalten hat. Aus dem Wortlaut sowie Sinn und Zweck der Richtlinie ergibt sich, dass sie sich nur auf Fälle bezieht, in denen sich ein Unionsbürger tatsächlich in einen anderen Mitgliedstaat begibt als den, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&numaf=C-434/09&nomusuel=&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&alldocrec=alldocrec&docdecision=docdecision&docor=docor&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoor=docnoor&docppoag=docppoag&radtypeord=on&newform=newform&docj=docj&docop=docop&docnoj=docnoj&typeord=ALL&domaine=& mots=&resmax=100&Submit=Rechercher>

**EP VERSCHIEBT HAUSHALTSENTLASTUNG DER EUROPÄISCHEN POLIZEIAKADEMIE**

Das EP-Plenum hat mit Beschluss vom 10.05.2011 die Entlastung des Direktors der Europäischen Polizeiakademie (CEPOL) für das Finanzjahr 2009 aufgrund „laufender“ Verstöße gegen eine Vielzahl von Vorschriften aufgeschoben. Das EP wird sich im Herbst erneut mit der Frage der Entlastung von CEPOL befassen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0164+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

**EUGH ERWEITERT KLAGEMÖGLICHKEITEN FÜR UMWELTVERBÄNDE BEI UVP-PFLICHTIGEN VORHABEN**

In einem Urteil vom 12.05.2011 hat der EuGH entschieden, dass Umwelt-



verbände nach Art. 10a der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung die Verletzung auch solcher Normen rügen können, die keine subjektiven Rechte schützen sollen, sondern lediglich dem Allgemeininteresse dienen. Zudem räumt die Richtlinie dieses Klagerecht unmittelbar ein, so dass es auch ohne Änderungen im deutschen Recht geltend gemacht werden kann.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&numaf=115/09&nomusuel=&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&alldocrec=alldocrec&docdecision=docdecision&docor=docor&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoor=docnoor&docppoag=docppoag&radtypeord=on&newform=newform&docj=docj&docop=docop&docnoj=docnoj&typeord=ALL&domaine=& mots=&resmax=100&Submit=Rechercher>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

#### **JI-RAT AM 12.05.2011 IN BRÜSSEL**

Am 12.05.2011 tagte ein außerordentlicher JI-Rat, der sich in erster Linie mit den aktuellen Migrationsthemen befasste. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war der jüngst vorgestellte Bericht der Kommission zur Vorratsdatenspeicherung. Kommissarin *Malmström* stellte dem Rat den Bewertungsbericht skizzenhaft vor. Der Rat nahm den Bewertungsbericht zur Kenntnis. Eine detaillierte Aussprache fand nicht statt. Lediglich Deutschland, die Slowakei, Luxemburg und das Vereinigte Königreich gaben kurze Erklärungen ab.

#### **KOMMISSION LEGT OPFERSCHUTZPAKT VOR**

Am 18.05.2011 beschloss die Kommission ihr Opferschutzpaket. Dieses besteht aus einer Richtlinie zu Mindeststandards für Opfer von Verbrechen mit Blick auf deren Rechte, deren Unterstützung und Schutz. Daneben beschloss die Kommission den Entwurf einer Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von zivilrechtlichen Schutzmaßnahmen.

[http://ec.europa.eu/justice/news/intro/news\\_intro\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/news/intro/news_intro_en.htm)



## **EP-PLENUM VERLANGT GRENZÜBERSCHREITENDE KONTENPFÄNDUNG UND MASSNAHMEN ZUR TRANSPARENZ VON SCHULDNERVERMÖGEN**

Das EP hat mit seiner EntschlieÙung vom 10.05.2011 die Kommission aufgefordert, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Vollstreckung in Forderungen und zur Transparenz von Schuldnervermögen zu ergreifen. Entsprechende Ideen finden sich auch schon im „Stockholmer Programm“. Gefordert werden vom EP zwei Verordnungen: Eine Europäische Anordnung zur Vermögenserhaltung (EAVE) und eine Europäische Anordnung zur Offenlegung von Vermögenswerten (EAOV). Beide Verordnungen sollen nur auf grenzüberschreitende Sachverhalte Anwendung finden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110509|PR18967/html/EP-fordert-EUMa%C3%9Fnahmen-zum-Einfrieren-und-Offenlegen-von-Schuldnerverm%C3%B6gen>  
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0193+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

## **FRÜHJAHRSPROGNOSE DER KOMMISSION ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DER EU IN DEN JAHREN 2011 UND 2012**

Die Kommission hat am 13.05.2011 ihre Frühjahrsprognose zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU veröffentlicht. Die Prognose umfasst den Zeitraum 2011 und 2012. Nach Einschätzung der Kommission wird das BIP in der EU dieses Jahr um 1,8 % und 2012 um 1,9 % wachsen (Euroraum: + 1,6 % 2011 und + 1,8 % 2012). Das gesamtstaatliche Defizit geht im Euroraum von 6 % im Jahr 2010 auf 4,3 % im Jahr 2011 und auf 3,5 % im Jahr 2012 zurück. In der EU insgesamt ist die Tendenz auf etwas höherem Niveau ähnlich. Die öffentlichen Schulden dürften EU-weit von 82,3 % des BIP in 2011 auf 83,3 % in 2012 steigen, im Euroraum von 87,7 % auf 88,5 %. Die Frühjahrsprognose der Kommission wird auch Grundlage für die weitere Vorgehensweise der Kommission im Hinblick auf die Defizitverfahren sein.

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/eu/forecasts/2011\\_spring\\_forecast\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2011_spring_forecast_en.htm)



## WESENTLICHE ERGEBNISSE DER EUROGRUPPE UND DES ECOFIN-RATES VOM 16./17.05.2011

Die Eurogruppe und der ECOFIN-Rat haben das Rettungspaket für Portugal gebilligt. Dieses hat ein Gesamtvolumen von 78 Mrd. €. IWF, EFSM (Gemeinschaftsinstrument, Garantien über den EU-Haushalt) und EFSF (intergouvernementale Fazilität der Euro-Mitgliedstaaten) tragen jeweils ein Drittel, also 26 Mrd. €. Die Finanzhilfen unterliegen einer strikten Konditionalität. Voraussetzung ist die Umsetzung des umfassenden Anpassungsprogramms, das Kommission, EZB und IWF in den vergangenen Wochen mit der portugiesischen Regierung ausgehandelt hatten. Dieses beruht auf drei Säulen: strikte Haushaltskonsolidierung, umfassende Strukturreformen und Stabilisierung des Finanzsektors.

Vom 05.04. bis 15.04.2011 haben Vertreter von Kommission, IWF und EZB geprüft, ob Irland bisher die mit dem Rettungsprogramm verbundenen Auflagen erfüllt hat und ob die Schuldentragfähigkeit gegeben ist. Beide Urteile fielen positiv aus, wenngleich nach wie vor Herausforderungen und Ungewissheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung bleiben. Die Auszahlung der nächsten Kredittranche in Höhe von insgesamt 4,5 Mrd. € (davon EFSF und EFSM zusammen 2,9 Mrd. €, IWF 1,6 Mrd. €) wurde daher von der Eurogruppe und vom ECOFIN-Rat gebilligt.

Eines der zentralen Themen der Sitzung der Eurogruppe war die Situation in Griechenland. Der Europäische Rat (ER) hatte bereits am 11.03.2011 der Verlängerung der Darlehenslaufzeiten auf 7,5 Jahre und der Reduzierung der Zinssätze für die Darlehen an Griechenland zugestimmt. Darüber hinausgehende Entscheidungen, ggf. auch über ein zweites Rettungspaket für Griechenland, sind erst nach Abschluss der aktuellen Troika-Mission von IWF, EZB und Kommission zu erwarten. Diese läuft voraussichtlich noch bis 25.05.2011. Zwar ist nach Darstellung des Präsidenten der Eurogruppe, *Jean-Claude Juncker*, eine große Umstrukturierung in Form eines sog. Schuldenschnitts (Haircut) nach wie vor keine geeignete Handlungsoption. Vorstellbar sei aber ein "Reprofiling" als Teil eines Gesamtpakets. Gemeint sein dürfte eine sog. „sanfte Umschuldung“, d. h. die freiwillige Verlängerung der Kreditlaufzeiten oder unter Umständen auch die Kürzung der Zinssätze.

Der ECOFIN-Rat hat *Mario Draghi*, den derzeitigen Notenbankgouverneur Italiens und Präsidenten des Rates für Finanzstabilität (Financial Stability Board), als Nachfolger von *Jean-Claude Trichet* als EZB-Präsident nominiert.



Die endgültige Entscheidung wird der ER voraussichtlich auf seiner Sitzung am 23./24.06.2011 treffen.

Zum Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung, mit dem der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft wird und ein Instrumentarium zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen wird, hat sich die ungarische Ratspräsidentschaft vom ECOFIN-Rat ein flexibleres Verhandlungsmandat einräumen lassen. Zentrale Themen in den Verhandlungen mit dem EP sind insbesondere die Ausgestaltung der Sanktionen und die Anwendungsfälle des Prinzips der Abstimmung mit umgekehrter Mehrheit. Das Legislativpaket soll bis Ende Juni 2011 verabschiedet werden.

Der ECOFIN-Rat hat eine allgemeine Ausrichtung zur Verordnung über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) beschlossen. Ziel der Verordnung ist die Verhinderung missbräuchlicher Geschäfte mit Finanzinstrumenten, die ein Risiko für die Finanzstabilität darstellen können. Die Verordnung sieht nach der politischen Einigung des Rates grundsätzliche Verbote ungedeckter Leerverkäufe von Aktien und Staatsanleihen vor und entspricht damit insoweit im Wesentlichen dem deutschen Leerverkaufsgesetz vom Juli 2010 (Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte). Ein Verbot von ungedeckten Kreditausfallversicherungen, die keinen Absicherungszwecken dienen, sieht der Ratskompromiss jedoch – anders als das deutsche Gesetz – nicht vor.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/122072.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/122072.pdf)

#### **HAUSHALTSENTLASTUNGSVERFAHREN 2009**

Das EP hat am 10.05.2011 dem überwiegenden Teil der EU-Haushaltsausgaben von 2009 im Rahmen des Entlastungsverfahrens zugestimmt, hat jedoch die Entlastung des Rates, des Europäischen Polizei-Kollegs und der Europäischen Arzneimittelagentur verschoben. Die Verschiebung der Haushaltsentlastung des Rates hat das EP mit der mangelnden Kooperationsbereitschaft des Rates bei der Bereitstellung von Informationen begründet.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&type=TA&reference=20110510&secondRef=TOC>



## BRÜSSELER WIRTSCHAFTSFORUM 2011

Am 18.05.2011 fand in Brüssel das hochrangig besetzte Brüsseler Wirtschaftsforum statt. Titel des Forums war „Rethinking economic policy in Europe“ („Überdenken der Wirtschaftspolitik in Europa“). *Olli Rehn*, Kommissar für Wirtschaft und Währung forderte von Griechenland zusätzliche Konsolidierungs- und Reformmaßnahmen sowie Privatisierungsmaßnahmen. *José Manuel Barroso*, Präsident der Kommission, meinte, eine Umstrukturierung der Schulden könne nie eine Alternative zur konsequenten und teils sehr schmerzhaften Umsetzung der laufenden Reformprogramme sein. Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* stellte klar, dass es derzeit keine Krise des Euro gebe, sondern eine Staatsschuldenkrise in einzelnen Mitgliedstaaten des Euroraums. Einer Transferunion erteilte *Schäuble* eine klare Absage. Die Wirtschafts- und Währungsunion dürfe sich nicht zu einem Umverteilungssystem von reichen zu armen Mitgliedstaaten entwickeln. Die Beteiligung privater Gläubiger bei künftigen Rettungspaketen sei von zentraler Bedeutung. *Schäuble* zeigte sich zudem besorgt wegen der wachsenden Kluft zwischen den EU-Institutionen und den Bürgern.

[http://webcast.ec.europa.eu/eutv/portal/bef2011\\_ondemand](http://webcast.ec.europa.eu/eutv/portal/bef2011_ondemand)

## ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUM 5. KOHÄSIONSBERICHT

Die Kommission hat am 13.05.2011 die Ergebnisse der Konsultation zum 5. Kohäsionsbericht veröffentlicht. Danach würde eine stärkere Koordinierung zwischen den verschiedenen Fonds (EFRE, ESF, ELER und Fischereifonds, geplant ist ein gemeinsamer strategischer Rahmen) und seitens vieler Einsender auch die Einführung von Anreizen für bessere Ergebnisse der Kohäsionspolitik gewünscht; weniger Zustimmung habe die Einführung einer Konditionalität im Hinblick auf nicht-kohäsionspolitische Kriterien erfahren. Die Ausrichtung an den Zielen der Strategie Europa 2020 werde begrüßt, eine signifikante Zahl an Einsendern habe sich jedoch skeptisch zu engen Prioritätenvorgaben durch die Kommission geäußert. Ein allgemeiner Konsens bestehe hinsichtlich der Notwendigkeit einer ambitionierten städtischen Dimension, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Stadt-Land-Verbindungen. Viele Einsender hätten für eine stärkere Einbindung lokaler Partner plädiert. Die Verfahren müssten nach den Vorstellungen der Einsender vereinfacht und die Evaluierung durch geeignete qualitative und quantitative Indikatoren verbessert werden. Die meisten Teilnehmer an der Konsultation hätten sich für eine Bei-



behaltung des ESF ausgesprochen, ebenso hätten viele die Einführung einer neuen Zwischenkategorie an Regionen gefordert (siehe dazu den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/consultation/5cr/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/5cr/index_de.cfm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUM 5. KOHÄSIONSBERICHT**

Die Kommission hat am 13.05.2011 die Ergebnisse der Konsultation zum 5. Kohäsionsbericht veröffentlicht. Danach würde eine stärkere Koordinierung zwischen den verschiedenen Fonds (EFRE, ESF, ELER und Fischereifonds, geplant ist ein gemeinsamer strategischer Rahmen) und seitens vieler Einsender auch die Einführung von Anreizen für bessere Ergebnisse der Kohäsionspolitik gewünscht; weniger Zustimmung habe die Einführung einer Konditionalität im Hinblick auf nicht-kohäsionspolitische Kriterien erfahren. Die Ausrichtung an den Zielen der Strategie Europa 2020 werde begrüßt, eine signifikante Zahl an Einsendern habe sich jedoch skeptisch zu engen Prioritätenvorgaben durch die Kommission geäußert. Ein allgemeiner Konsens bestehe hinsichtlich der Notwendigkeit einer ambitionierten städtischen Dimension, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Stadt-Land-Verbindungen. Viele Einsender hätten für eine stärkere Einbindung lokaler Partner plädiert. Die Verfahren müssten nach den Vorstellungen der Einsender vereinfacht und die Evaluierung durch geeignete qualitative und quantitative Indikatoren verbessert werden. Die meisten Teilnehmer an der Konsultation hätten sich für eine Beibehaltung des ESF ausgesprochen, ebenso hätten viele die Einführung einer neuen Zwischenkategorie an Regionen gefordert.

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/consultation/5cr/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/5cr/index_de.cfm)

### **EUGH ERWEITERT KLAGEMÖGLICHKEITEN FÜR UMWELTVERBÄNDE BEI UVP-PFLICHTIGEN VORHABEN**

Am 12.05.2011 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein Urteil im Fall Trianel Kohlekraftwerk Lünen veröffentlicht (Rechtssache C-115/09). Der Fall betrifft die Klagebefugnis von Umweltverbänden gegen UVP-pflichtige Vorhaben. Der EuGH hat die Position der Verbände deutlich gestärkt und die deutsche Rechtslage gemäß § 2 des deutschen Umweltrechtsbehelfsgesetzes



(UmwRG) jedenfalls zum Teil verworfen: Danach war die Rügbarkeit bisher auf solche Normen begrenzt, die ein subjektives Recht verleihen. Anders als ein Privatkläger mussten Umweltverbände allerdings nicht selbst in diesem Recht verletzt sein, sie waren insoweit privilegiert. Nach dem EuGH muss die Privilegierung weiter reichen: Art. 10a der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung verlange, dass Umweltverbände auch die Verletzung solcher Normen rügen können, die keine subjektiven Rechte schützen wollen, sondern lediglich dem Allgemeininteresse dienen (z. B. Art. 6 der Habitatrichtlinie). Voraussetzung ist aber, dass sie selbst auf EU-Recht beruhen. Zusätzlich hat der EuGH entschieden, dass die Richtlinie ein solches Klagerecht unmittelbar einräumt, so dass das erweiterte Klagerecht auch ohne Änderungen im UmwRG geltend gemacht werden kann. In der Debatte um Infrastruktur- und Kraftwerksbau („Energiewende“) dürfte das Urteil durchaus eine Rolle spielen: Nicht zufällig hat ein Kraftwerksbau das Verfahren ausgelöst. Möglicherweise ist mit einer Zunahme von Klageverfahren gegen solche Vorhaben zu rechnen (s. auch Beitrag des StMI in diesem EB).

#### **ECOFIN-RAT POSITIONIERT SICH ZUR VERODNUNG ÜBER LEERVERKÄUFE UND BESTIMMTE ASPEKTE VON CREDIT DEFAULT SWAPS**

Der ECOFIN-Rat hat am 17.05.2011 eine allgemeine Ausrichtung zur vorgeschlagenen Verordnung über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS) beschlossen. Damit sind die Voraussetzungen für den Beginn der Trilogverhandlungen geschaffen, mit dem Ziel einer Einigung in erster Lesung. Nach der politischen Einigung des Rates sollen ungedeckte Leerverkäufe von Aktien und Staatsanleihen grundsätzlich verboten sein. Ein Verbot von ungedeckten Kreditausfallversicherungen, die keinen Absicherungszwecken dienen, enthält der Ratskompromiss jedoch nicht. Deutschland hatte sich in den Ratsverhandlungen zwar nachdrücklich für eine solche Regelung eingesetzt, wurde dabei aber nur von Österreich unterstützt. Bleibt es dabei, müsste Deutschland sein Leerverkaufsgesetz vom Juli 2010 (Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte) wohl anpassen, welches ein Verbot von ungedeckten Kreditausfallversicherungen vorsieht. Deutschland hat in einer Protokollerklärung den Rat und die Kommission aufgefordert, das Problem der ungedeckten Kreditausfallversicherungen, die keinem Absicherungszwecken dienen, in den Trilogverhandlungen hinreichend zu berücksichtigen. Der



Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EP hat bereits am 07.03.2011 einen Bericht zu diesem Dossier angenommen. Der Ausschuss spricht sich darin fraktionsübergreifend – im Einklang mit der Haltung Deutschlands – u. a. auch für ein Verbot von ungedeckten CDS-Käufen zur reinen Spekulation auf den Wertverlust von Staatsanleihen aus (EB 05/11) (zu den weiteren Ergebnissen des ECOFIN-Rates vom 17.05.2011 siehe Beitrag des StMF in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/122043.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/122043.pdf)

### **VORSCHLAG FÜR DIE ÜBERARBEITUNG DER PRÄFERENTIELLEN EU-EINFUHRREGELUNGEN FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER**

Die Kommission hat am 10.05.2011 einen Vorschlag für eine Verordnung über eine Vorzugsbehandlung für Einfuhren aus Entwicklungsländern vorgelegt („Allgemeines Präferenzsystem“). Sie soll ab dem Jahr 2014 die Verordnung (EG) Nr. 732/2008 als Rechtsgrundlage für präferentielle Zollsätze ablösen; diese gilt an sich nur bis Ende 2011, soll aber durch eine weitere Verordnung noch einmal bis zum 31.12.2013 verlängert werden. Mit dem neuen Schema ab 2014 plant die Kommission, die Zollpräferenzen auf eine Zahl von etwa 80 statt bislang 176 Ländern zu konzentrieren. Eine Vorzugsbehandlung, etwa für Kuwait, Russland, Saudi-Arabien oder Katar, ist nach Auffassung der Kommission nicht mehr gerechtfertigt, da diese Staaten mittlerweile über ein hohes pro Kopf-Durchschnittseinkommen verfügten. Zugleich sollen verstärkt Anreize gesetzt werden, dass begünstigte Länder Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie Standards für Umweltschutz und verantwortungsvolle Staatsführung einhalten. Der Gegenwert der Präferenzbehandlungen soll durch das neue System sinken: Im Jahre 2009 habe der Einnahmeverzicht netto 2,23 Mrd. € pro Jahr betragen, in Zukunft sollen es jährlich lediglich etwa 1,4 Mrd. € sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/553&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION BEGRÜSST ENTSCHEIDUNG DES WTO-APPELLATE BODY IM VERFAHREN UM BEIHILFEN FÜR AIRBUS**

Am 18.05.2011 hat der Appellate Body der WTO seinen Bericht im Verfahren gegen die EU und einige Mitgliedstaaten wegen Beihilfen an Airbus vorgelegt



(Verfahren DS 316). Er verwirft die Entscheidung des Panels vom 30.06.2010 in einigen Punkten zu Gunsten der EU, bestätigt aber den WTO-Verstoß durch andere Maßnahmen, darunter auch Maßnahmen Deutschlands. Die Entscheidung ist unanfechtbar. Die Kommission hat die Entscheidung begrüßt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/584&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **KOMMISSIONSVERORDNUNG ÜBER STANDARDISIERUNG VON TARIF- UND FAHRPLANINFORMATIONEN FÜR BAHNREISEN SOLL GRENZÜBERSCHREITENDE BUCHUNG ERLEICHTERN**

Die Kommission hat am 05.05.2011 eine Verordnung über die Standardisierung der Tarif- und Fahrplaninformationen für Bahnreisen in der EU angenommen. Damit sollen die wesentlichen Buchungs- und Fahrkarteninformationen (beispielsweise die Kategorie des verkehrenden Zugs, die Haltestellen und -zeiten, vorhandene Klassen, die Anzahl der verfügbaren freien Sitze, die Tarifstrukturen usw.) künftig interoperabel sein, so dass sie zwischen Eisenbahngesellschaften der gesamten EU sowie zwischen Fahrscheinverkäufern ausgetauscht werden können. Bisher werden Daten in Buchungssystemen in jedem Mitgliedstaat in unterschiedlicher Weise verarbeitet. Nach den Vorstellungen der Kommission sollen zukünftig internationale Bahnfahrten in gleicher Weise nahtlos buchbar sein wie dies bei Flugreisen der Fall ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/534&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZU CLOUD COMPUTING**

Zur Vorbereitung eines im Jahr 2012 geplanten Strategiepapieres hat die Kommission am 16.05.2011 eine Konsultation zum sog. Cloud Computing gestartet. Darunter versteht man eine Technik, bei der Unternehmen, Behörden oder Einzelpersonen über Datennetze, wie z. B. das Internet, auf ihre anderswo (in der „Wolke“) gespeicherten Daten und Computerprogramme zugreifen können, statt diese auf eigenen Rechnern oder Servern speichern zu müssen. Anwendung findet die neue Technik bereits heute, beispielsweise bei webgestützten E-Mail-Diensten. Schätzungen der Kommission zufolge könnten durch die neue Technik im Jahr 2014 in Europa voraussichtlich Umsätze in Höhe von fast 35 Mrd. € erzielt werden. In der Konsultation geht es u. a. um Fragen des Datenschutzes und der Haftung, um rechtliche oder technische



Hindernisse sowie um Normung und Möglichkeiten der Forschung- bzw. Innovationsförderung. Bürger, Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und andere Interessenten können ihre Beiträge bis zum 31.08.2011 einreichen (s. dazu auch Beitrag des Geschäftsbereich der Iuk- und Medienpolitik in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=cloudcomputing&lang=de>

### **NER300 PROGRAMM – 78 VORSCHLÄGE FÜR GROSSE DEMONSTRATIONSPROJEKTE IN DEN BEREICHEN ERNEUERBARE ENERGIEN UND CCS**

Am 13.05.2011 hat die Kommission bekanntgegeben, dass die Mitgliedstaaten im Rahmen des Programms NER300 78 Vorschläge für große Demonstrationsprojekte eingereicht haben. Die Vorschläge mussten bis 09.05.2011 bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) eingereicht werden. Die 78 Projektanträge teilen sich auf in 13 „Carbon Capture and Storage“ (CCS)-Großprojekte und 65 Großprojekte zu erneuerbaren Energien. Die EIB wird nun die Projektunterlagen abschließend bewerten. Die Finanzhilfebeschlüsse will die Kommission, im Anschluss an weitere Konsultationen, dann voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2012 erlassen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/299&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **DATEN ZUM EMISSIONSHANDELSSYSTEM FÜR 2010 VERÖFFENTLICHT**

Am 16.05.2011 hat das zentrale Register CITL ([Community Independent Transaction Log](#)) innerhalb des EU-Emissionshandels die Auswertung der Emissionsmengen für 2010 veröffentlicht. Demnach sind im vergangenen Jahr die Emissionsmengen der Unternehmen, die am EU-Emissionshandelssystem (EU-EHS) teilnehmen, um mehr als 3 % gegenüber dem Krisenjahr 2009 angestiegen, blieben aber unter der Obergrenze für den Handelszeitraum 2008 - 2012 (s. auch den Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/581&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>  
[http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/citl\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/citl_en.htm)



Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**ADR-PLENUM: BERICHT VON STAATSMINISTERIN MÜLLER ZUM MILCHPAKET UND WEITERE BERICHTE ZUR EU-AGRARPOLITIK VERABSCHIEDET**

In der Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) am 12.05.2011 wurde der Bericht der Bayerischen Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Emilia Müller* (EVP), zu den Vorschlägen der Kommission zu Vertragsbeziehungen im Sektor Milch und Milcherzeugnisse („Milchpaket“, s. EB 22/10) verabschiedet. Darin bekräftigt der Ausschuss der Regionen die Haltung Bayerns, wonach die europäische Milchpolitik vor allem klein- und mittelständische Milcherzeuger stärken soll. Aufgrund der anstehenden umfassenden Liberalisierungsprozesse im Milchsektor und der damit verbunden zunehmenden Preisvolatilität wird ein marktkonformes Sicherheitsnetz als unverzichtbar angesehen. Ebenso begrüßt der AdR die Zulassung von Branchenorganisationen im Milchsektor, die Möglichkeit einer Vertragspflicht für Milchlieferungen an milchverarbeitende Betriebe sowie die Zulassung von Milcherzeugerorganisationen. Nach Meinung des AdR soll den Mitgliedstaaten die Anerkennung von Erzeugerzusammenschlüssen im Milchbereich nach einzelstaatlichem Recht und im Einklang mit bestimmten unionsrechtlichen Vorgaben weiterhin möglich sein. Im Rahmen der Plenartagung wurden auch die Stellungnahmen des Landeshauptmanns der Autonomen Provinz Bozen - Südtirol, *Luis Durnwalder* (EVP/Italien), zur Kommissionsmitteilung zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis 2020 und des Präsidenten des Regionalrats der Auvergne, *René Souchon* (SPE/Frankreich), zu den Vorschlägen der Kommission über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse verabschiedet. Auch in diesen Stellungnahmen ist die Stärkung kleinerer und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe zentrale Forderung des AdR.

AdR-Berichtsentwurf und Änderungsanträge unter:

<http://www.toad.cor.europa.eu/AgendaDocuments.aspx?pmi=ha5jDW%2bOWSGO8wl1HSg2avQLCO8zrXVq6AGYeqmHsrM%3d>

**ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 17.05.2011 IN BRÜSSEL**

Am 17.05.2011 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei (Agrarrat) in Brüssel. Einziger ordentlicher Tagesordnungspunkt war die Abstimmung über ein Mandat für Ratspräsidentschaft und Kommission für Verhandlungen zu einem rechtsverbindlichen Abkommen über Wälder in Europa. Aufgrund des



anhaltenden Widerstands und grundsätzlicher Bedenken von Schweden, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden kam die angestrebte einvernehmliche Ermächtigung nicht zustande. Der Vorsitz verwies diesen Punkt zurück an den Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV-1), der in den nächsten Wochen die Verhandlungen mit dem Ziel einer einstimmigen Entscheidung fortführen soll. Ansonsten (i) beantragte die französische Delegation ein Vorziehen der Direktzahlungen aufgrund der Dürre in Nordeuropa. Agrarkommissar *Cioloş* erklärte dazu, dass die Kommission in gerechtfertigten Fällen ab dem 16.10.2011 (bei abgeschlossenen Kontrollen) Vorschusszahlungen ermöglichen werde. (ii) Frankreich berichtete über die geplante G20-Landwirtschaftsministertagung am 22./23.06.2011 in Paris. Zur Eindämmung der Preisvolatilität auf den Agrarmärkten habe ein Plan mit fünf Pfeilern bei den vorbereitenden Arbeiten Konsens gefunden. Außerdem wurden die Minister informiert über (iii) die Schlussfolgerungen der erweiterten beratenden Gruppe „Schweinefleisch“, (iv) einen Kommissionsbericht zum Schutz von Tieren beim Transport, (v) die erste baltische Tierschutzkonferenz am 05./06.05.2011 in Vilnius, (vi) über Fortschritte und Aussichten bei den Verhandlungen über den Codex Alimentarius (UN-Programm zur Lebensmittelsicherheit) und (vii) eine Konferenz zu nachhaltigem Lebensmittelkonsum und einer nachhaltigen Lebensmittelerzeugung in einer von Ressourcenknappheit geprägten Welt vom 04. - 05.05.2011 in Budapest. Die polnische Delegation beantragte (viii) die Anhebung der Interventionspreise für Getreide und (ix) die Anhebung der Zuckerquoten in der EU. Diese Anträge wurden vom Rat zur Kenntnis genommen und überwiegend ablehnend diskutiert.

Pressemitteilung zum Agrarrat vom 17.05.2011 und weitere Unterlagen unter:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/122074.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/122074.pdf)

### **EP-ENTSCHLIESSUNG ZUR ANTIBIOTIKARESISTENZ**

Das EP hat in einer EntschlieÙung zu Antibiotikaresistenz vom 12.05.2011 verlangt, den Einsatz antimikrobieller Mittel in der Tierhaltung auf das unbedingt notwendige MaÙ zu beschränken. Dabei wird betont, dass Antibiotika bei ordnungsgemäÙer Verwendung ein nützlich Instrument sind, das Landwirten hilft, ihr Vieh gesund und produktiv zu erhalten und das Wohlergehen der Tiere sicherzustellen. Die ungerechtfertigte Verwendung antimikrobieller Substanzen bei Tieren könne dagegen allgemein als Risikofaktor für das Entstehen einer



Resistenz mit Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit und diejenige der Tiere betrachtet werden. Das EP verlangt deshalb eine verstärkte Erforschung von Alternativen wie Impfung, biologische Sicherheit und Resistenzzüchtung sowie faktengestützte Leitlinien über den umsichtigen Einsatz antimikrobieller Mittel. Bei Tieren, die der Lebensmittelgewinnung dienen und auch bei Haustieren wird eine regelmäßige und systematische Kontrolle und Überwachung von antimikrobiellen Resistenzen (AMR) gefordert, ohne dabei eine zusätzliche finanzielle oder administrative Belastung für Landwirte, andere Tierhalter oder Veterinärmediziner zu schaffen. Die Kommission wird aufgefordert, in ihrer nächsten Tiergesundheitsstrategie einen entsprechenden Aktionsplan zur Bekämpfung von AMR aufzunehmen. Die zuständige Berichterstatterin des EP, *Elisabeth Jeggle* (EVP/Deutschland), betonte, dass das Problem nicht in der Intensivtierhaltung zu suchen sei. Wichtig sei jedoch, dass die Medikamente erst dann eingesetzt werden, wenn es wirklich zur Bekämpfung konkreter Krankheiten nötig sei. Noch immer würden zu vielen Antibiotika vorbeugend angewandt.

Entschließung des EP unter :

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0238+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **EP-ENTSCHLIESSUNG ZUM GRÜNBUCH „VORBEREITUNG DER WÄLDER AUF DEN KLIMAWANDEL“**

In einer Entschließung des EP vom 11.05.2011 zum Grünbuch der Kommission über „Waldschutz und Waldinformation: Vorbereitung der Wälder auf den Klimawandel“ haben die Abgeordneten die Bedeutung des Waldes zur Bekämpfung des Klimawandels unterstrichen. Das EP stützt die Auffassung der Kommission, dass die Wälder die wichtigste Kohlenstoffsенке darstellen und hält deshalb eine Strategie zur Bekämpfung von Phänomenen, die die Waldflächen schädigen für äußerst wichtig. Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung sei zum Erreichen der EU-Klimaziele von entscheidender Bedeutung. Die Widerstandsfähigkeit der Wälder hänge dabei nicht nur von der Baumvielfalt, sondern auch von der Artenvielfalt der sonstigen Waldlebewesen, ab. Wichtige Beiträge zu einer nachhaltigen Forstwirtschaft leisteten die bestehenden internationalen Zertifizierungssysteme, wie der Forest Stewardship Council (FSC) und das Zertifizierungsprogramm für nachhaltige Waldbewirtschaftung (PEFC). Zur aktuellen Debatte zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 weist



das EP darauf hin, dass Wälder wesentliche Umweltfunktionen erfüllen und zur Verwirklichung der sozialen und wirtschaftlichen Ziele der Entwicklung des ländlichen Raums und der nationalen Volkswirtschaften beitragen. Mitgliedstaaten und Regionen werden aufgefordert, bei der Erarbeitung von Programmen für die Entwicklung des ländlichen Raums umfassend mit den Forstbehörden und der allgemeinen Öffentlichkeit zusammenzuarbeiten, und dabei zu berücksichtigen, dass die Forstwirtschaft in manchen Fällen ein eigenständiger Wirtschaftssektor in ländlichen Gebieten ist.

Entschließung des EP unter (Teil 2, S. 242 ff.):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0226+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

#### **KOMMISSIONSSTUDIE: EU FÜHREND IM FORSCHUNGSBEREICH DER PFLANZLICHEN ERZEUGUNG**

Das Joint Research Centre (JRC), eine dem Kommissar für Wirtschaft und Forschung zugeordnete Großforschungseinrichtung, kommt in der Studie „New plant breeding techniques. State of the art and prospects for commercial development“ zu dem Ergebnis, dass Europa zwar einerseits führend im Forschungsbereich der pflanzlichen Erzeugung ist, andererseits aber von den USA im Bereich der daraus resultierenden Patentanmeldungen überholt wird. So liegt der Prozentsatz aller weltweit wissenschaftlich evaluierten Veröffentlichungen im Bereich der Pflanzenforschung für die EU bei 45 %, für die USA hingegen bei nur 32 %. Bei den Patentanmeldungen der daraus resultierenden Technologien erreichen die USA hingegen einen Anteil von 65 %, die EU nur einen Anteil von 26 %.

JRC-Studie unter:

<http://ipts.jrc.ec.europa.eu/publications/pub.cfm?id=4100>

#### **EUGH ERWEITERT KLAGEMÖGLICHKEITEN FÜR UMWELTVERBÄNDE BEI UVP-PFLICHTIGEN VORHABEN**

Am 12.05.2011 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein Urteil im Fall Trianel Kohlekraftwerk Lünen veröffentlicht (Rechtssache C-115/09). Der Fall betrifft die Klagebefugnis von Umweltverbänden gegen UVP-pflichtige Vorhaben. Der EuGH hat die Position der Verbände deutlich gestärkt und die Begrenzungen in § 2 des deutschen Umweltrechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) jedenfalls zum Teil verworfen: Danach war die Rügemöglichkeit bisher auf



solche Normen begrenzt, die ein subjektives Recht verleihen. Anders als ein Privatkläger mussten Umweltverbände allerdings nicht selbst in diesem Recht verletzt sein, sie waren insoweit privilegiert. Nach dem EuGH muss die Privilegierung weiter reichen: Art. 10a der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung verlange, dass Umweltverbände auch die Verletzung solcher Normen rügen können, die keine subjektiven Rechte schützen wollen, sondern lediglich dem Allgemeininteresse dienen (z. B. Art. 6 der Habitatrichtlinie). Zusätzlich hat der EuGH entschieden, dass die Richtlinie ein solches Klagerecht unmittelbar einräumt, sodass das Recht auch ohne Änderungen im deutschen Recht geltend gemacht werden kann. In der Debatte um Infrastruktur- und Kraftwerksbau („Energiewende“) dürfte das Urteil durchaus eine Rolle spielen: Nicht zufällig hat ein Kraftwerksbau das Verfahren ausgelöst. Möglicherweise ist mit einer Zunahme von Klageverfahren gegen solche Vorhaben zu rechnen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT und StMI in diesem EB).

#### **VORSCHLAG FÜR DIE ÜBERARBEITUNG DER PRÄFERENTIELLEN EUEINFUHRREGELUNGEN FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER**

Die Kommission hat am 10.05.2011 einen Vorschlag für eine Verordnung über eine Vorzugsbehandlung für Einfuhren aus Entwicklungsländern vorgelegt („Allgemeines Präferenzsystem“). Sie soll ab dem Jahr 2014 die Verordnung (EG) Nr. 732/2008 als Rechtsgrundlage für präferentielle Zollsätze ablösen; diese gilt an sich nur bis Ende 2011, soll aber durch eine weitere Verordnung noch einmal bis zum 31.12.2013 verlängert werden. Mit dem neuen Schema ab 2014 plant die Kommission, die Zollpräferenzen auf eine Zahl von etwa 80 statt bislang 176 Ländern zu konzentrieren. Eine Vorzugsbehandlung etwa für Kuwait, Russland, Saudi-Arabien oder Katar ist nach Auffassung der Kommission nicht mehr gerechtfertigt, da diese Staaten mittlerweile über ein hohes pro Kopf-Durchschnittseinkommen verfügten. Zugleich sollen verstärkt Anreize gesetzt werden, dass begünstigte Länder Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie Standards für Umweltschutz und verantwortungsvolle Staatsführung einhalten. Der Gegenwert der Präferenzbehandlungen soll durch das neue System sinken: Im Jahre 2009 habe der Einnahmeverzicht netto 2,23 Mrd. € pro Jahr betragen, in Zukunft sollen es jährlich lediglich etwa 1,4 Mrd. € sein (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/553&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



## **EU-QUALITÄTSPRODUKTE: VIER CHINESISCHE SPEZIALITÄTEN IN EU GESCHÜTZT**

Erstmals hat die EU am 06.05.2011 vier chinesische Produkte in die Liste der geschützten Herkunftsbezeichnungen aufgenommen. Die Honigpampelmuse „Guanxi Mi You“, die Apfelsorte „Shaanxi ping guo“ und der Tee „Longjing Cha“ wurden formal als geschützte Ursprungsbezeichnung (g. U.) aufgenommen, die Yamswurzel „Lixian Ma Shan Yao“ als geschützte geografische Angabe (g. g. A.). Sie gehören zu den zehn chinesischen Produkten, deren Namen im EU-Qualitätsprodukte-Register im Rahmen des „10 plus 10“-Projekts geschützt werden sollen. Bei einem Treffen am 13.05.2011 überreichte Agrarkommissar *Cioloş* die Registrierungszertifikate dem chinesischen Minister für Qualitätsüberwachung und Hygiene, *Zhi Shuping*.

Weitere Informationen zum System der geografischen Angaben:

[http://ec.europa.eu/agriculture/quality/schemes/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/quality/schemes/index_de.htm)

## **DEBATTE ZU NEUARTIGEN LEBENSMITTELN UND ZUM KLONFLEISCH**

Nach dem Scheitern des Vermittlungsverfahrens zur Revision der Verordnung über neuartige Lebensmittel (EB 07/11) hat das EP auf seiner Sitzung am 11.05.2011 eine Debatte zu den Gründen des Scheiterns geführt sowie seine Erwartungen an künftige Gesetzgebungsvorschläge zur Regelung neuartiger Lebensmittel sowie von Lebensmitteln von Klontieren und ihren Nachkommen geäußert. Der Vorsitzende der EP-Delegation im Vermittlungsausschuss, der italienische Abgeordnete *Pittella* (S&D), bedauerte zusammen mit weiteren Abgeordneten das Scheitern einer Einigung zwischen EP und Rat, da für neuartige Lebensmittel nun weiterhin die veraltete Rechtslage gelte und eine klare Regelung zum Klonen fehle. Hieran seien die Regierungen der Mitgliedstaaten schuld. Die Kommission wurde aufgefordert, so schnell wie möglich neue Gesetzgebungsvorschläge vorzulegen, in denen sich das EP wiederfinden könne, d. h., dass zumindest eine Kennzeichnungspflicht für alle Lebensmittel von Klontieren und deren Nachkommen eingeführt werden müsse. Weiterhin sprachen sich die Abgeordneten im Verlauf der Diskussion insbesondere für zwei getrennte Vorschläge jeweils zur Regelung neuartiger Lebensmittel und zum Klonen aus, manche beharrten auf einem Verbot für alle Lebensmittel von Klontieren und ihren Nachkommen und stellten die Unvereinbarkeit einer solchen Regelung mit internationalen WTO-Handelsverpflichtungen infrage. Die Mitgliedstaaten hätten mit dem Szenario eines potenziellen Handelskrieges mit



Drittländern stark übertrieben, was auch ein zitiertes, internes Dokument des juristischen Dienstes des Rates belegen würde (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110506IPR18894/html/Parliament-issues-urgent-call-to-regulate-cloned-foods>

## **FÖRDERUNG            ELEKTRONISCHER            GESUNDHEITSDIENSTE: EHEALTH-WOCHE IN BUDAPEST**

Vom 10. - 12.05.2011 fand in Budapest auf Initiative der Kommission sowie der Ratspräsidentschaft die Europäische eHealth-Woche 2011 statt, bei der über 2.500 Teilnehmer zusammenkamen. Das immense Entwicklungspotenzial dieses Sektors bildete für die Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten und interessierte Experten Anlass darüber zu diskutieren, inwiefern mithilfe von Informations- und Kommunikations-Technologien (IKT) den Herausforderungen im Gesundheitswesen wie der Alterung der Bevölkerung, der Zunahme an chronischen Krankheiten, Budgetkürzungen und dem Mangel an Gesundheitsfachkräften begegnet werden kann. Hierbei stand der Austausch über die neuesten technologischen Entwicklungen bei den elektronischen Gesundheitsdiensten, wie z. B. bei der Erstellung von Ferndiagnosen, der Fernüberwachung des Gesundheitszustandes von Patienten sowie der sicheren elektronischen Übermittlung von Patientendaten, im Vordergrund. Am 10.05.2011 verabschiedete die ungarische Ratspräsidentschaft eine Erklärung, die die Mitgliedstaaten dazu aufruft, elektronische Gesundheitsdienste zum Vorteil von Patienten und des Gesundheitspersonals sowie für nachhaltige nationale Gesundheitssysteme verstärkt einzusetzen. Die darin genannten konkreten Ziele umfassen z. B. die Verbesserung des Telemonitorings für die Kontrolle chronisch Kranker, eine entsprechende Instruierung des Fachpersonals sowie die Schaffung interoperabler Systeme (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Link zur eHealth-Woche:

<http://www.worldofhealthit.org/default.aspx>

Erklärung der Ratspräsidentschaft:

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/287&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Informationen zur EU-Taskforce für eHealth:

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/551&format=>



[HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

Studie:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/newsroom/cf/item-detail-  
dae.cfm?item\\_id=6952](http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/item-detail-<br/>dae.cfm?item_id=6952)

## **KOMMISSION UND FVE VERANSTALTEN VIERTE EU- VETERINÄRWOCHE**

Vom 16. - 22.05.2011 fand zum vierten Mal die EU-Veterinärwoche statt, die seit 2008 jährlich von der Kommission zusammen mit dem Europäischen Verband der Tierärzte (FVE) veranstaltet wird. Wie auch in den Jahren zuvor, sollte in verschiedenen Veranstaltungen die Bedeutung des Berufsstandes der Tierärzte, der in diesem Jahr sein 250-jähriges Bestehen feiert, für die Tiergesundheit und die Lebensmittelsicherheit gewürdigt werden. Aus diesem Anlass und vor dem Hintergrund zunehmender Mobilität von Menschen, Tieren und Lebensmitteln hat die Kommission am 19./20.05.2011 in Brüssel auf einer Konferenz das EU-Krisenmanagement in der Lebensmittelkette und die Rolle und Aufgaben der Veterinäre dabei vorgestellt. Die Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) hat in Anerkennung des wichtigen Beitrages der ca. 200.000 in Europa tätigen Veterinäre für die Gesellschaft das Jahr 2011 mit dem Motto „Tierärzte in unserem Alltag“ zum Welt-Veterinär-Jahr ausgerufen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

EU-Veterinärwoche:

<https://www.vetsinyourdailylife.org/de/ueber-uns/dg-sanco-und-die-oie.html>

Konferenz:

[http://ec.europa.eu/dgs/health\\_consumer/dyna/vetweek/FINAL\\_AGENDA.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dyna/vetweek/FINAL_AGENDA.pdf)

Welt-Veterinär-Jahr:

<http://www.vet2011.org/index.php>

<http://www.oie.int/en/for-the-media/vet-2011>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

## **PLENARSITZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 09. - 12.05.2011: WICHTIGSTE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTS- BEREICH DES STMAS**

- Entschließung „Jugend in Bewegung“



- Entschließung „Lernen im frühen Kindesalter“.

### **EUGH: ZUSATZVERSORGUNGSBEZÜGE VON PERSONEN IN EINGETRAGENEN LEBENSPARTNERSCHAFTEN KÖNNEN DISKRIMINIERUNG DARSTELLEN**

Ein Zusatzversorgungssystem, bei dem Bezüge eines in eingetragener Lebenspartnerschaft lebenden Arbeitnehmers geringer sind als diejenigen eines verheirateten Arbeitnehmers, stellt eine Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung dar, wenn die Lebenspartnerschaft Personen gleichen Geschlechts vorbehalten ist und sich in einer mit der Ehe rechtlich und tatsächlich vergleichbaren Situation befindet. Dies hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in seiner Entscheidung vom 10.05.2011 (Rs. C-147/08) festgestellt und damit seine Auffassung bekräftigt, dass in der deutschen Rechtsordnung infolge der schrittweisen Annäherung der für die Lebenspartnerschaft geschaffenen Regelungen an die für die Ehe geltenden Bestimmungen kein ins Gewicht fallender rechtlicher Unterschied mehr zwischen diesen beiden Personenständen besteht.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/gettext.pl?lang=de&num=79889489C19080147&doc=T&ouvert=T&seance=ARRET>

### **RAPEX: KOMMISSION STELLT ERGEBNISSE DES JAHRESBERICHTS 2010 ZUM SCHNELLWARNSYSTEM FÜR VERBRAUCHERPRODUKTE VOR**

Die Kommission hat am 12.05.2011 die Ergebnisse des RAPEX-Jahresberichts 2010 vorgestellt. An dem Schnellwarnsystem für Verbraucherprodukte ausgenommen Lebensmittel („Rapid Alert System for non-food consumer products“) nehmen derzeit 30 Staaten teil -neben den EU-Mitgliedstaaten Island, Liechtenstein und Norwegen. Gegenüber 2009 ist die Zahl der Schnellwarnungen erneut um 13 % auf 2244 gestiegen. Damit wurden fast fünfmal so viele Meldungen abgegeben wie beim Start des Systems vor sieben Jahren.

[http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/index_en.htm)  
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/288&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



## **EUROBAROMETER: AKTUELLE ERHEBUNG ZUR MOBILITÄT JUNGER MENSCHEN AUF DEM ARBEITSMARKT**

Einer aktuellen Eurobarometer-Erhebung zufolge ist rund die Hälfte der jungen Europäerinnen und Europäer (53 %) bereit oder interessiert daran, in einem anderen Land Europas zu arbeiten. Gleichzeitig mache die Umfrage nach Angaben der Kommission aber auch deutlich, dass eine Kluft bestehe zwischen dem verbreiteten Wunsch vieler junger Menschen, im Ausland zu arbeiten, und der tatsächlichen Mobilität der Arbeitskräfte. Derzeit lebten weniger als drei Prozent der Erwerbsbevölkerung außerhalb ihres Heimatlandes. Die Kommission hat die Ergebnisse der im Rahmen der Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ der Europa 2020-Strategie durchgeführten Erhebung im Vorfeld der fünften Europäischen Jugendwoche vom 15. - 21.05.2011 veröffentlicht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/567&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **DISKUSSION ÜBER MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR MIGRATION**

Beim außerordentlichen Ji-Rat am 12.05.2011 in Brüssel gab FRONTEX-Exekutivdirektor *Laitinen* einen kurzen Überblick über die aktuelle Lage im Mittelmeerraum. Seit Anfang 2011 seien ca. 34.000 illegale Migranten aus Tunesien in die EU gekommen, daneben ca. 5.000 Personen aus Subsahara-Staaten, die aus Libyen nach Malta geflohen seien. Aus Ägypten seien nur wenige Migranten zu verzeichnen. Die Zahl der Aufgriffe illegaler Migranten an der Landgrenze zwischen der Türkei und Griechenland sei tendenziell rückläufig, mit ca. 600 pro Woche aber immer noch hoch. Grundsätzlich positiv sei der Verlauf der gemeinsamen FRONTEX-Operationen zu bewerten (s. auch Beitrag des StMI in diesem EB).

## **ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUM 5. KOHÄSIONSBERICHT**

Die Kommission hat am 13.05.2011 die Ergebnisse der Konsultation zum 5. Kohäsionsbericht veröffentlicht. Danach würde eine stärkere Koordinierung zwischen den verschiedenen Fonds (EFRE, ESF, ELER und Fischereifonds, geplant ist ein gemeinsamer strategischer Rahmen) und seitens vieler Einsender auch die Einführung von Anreizen für bessere Ergebnisse der Kohäsionspolitik gewünscht; weniger Zustimmung habe die Einführung einer Konditionalität im Hinblick auf nicht-kohäsionspolitische Kriterien erfahren. Die Ausrichtung an den Zielen der Strategie Europa 2020 werde begrüßt, eine signifikante Zahl



an Einsendern habe sich jedoch skeptisch zu engen Prioritätenvorgaben durch die Kommission geäußert. Ein allgemeiner Konsens bestehe hinsichtlich der Notwendigkeit einer ambitionierten städtischen Dimension, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Stadt-Land-Verbindungen. Viele Einsender hätten für eine stärkere Einbindung lokaler Partner plädiert. Die Verfahren müssten nach den Vorstellungen der Einsender vereinfacht und die Evaluierung durch geeignete qualitative und quantitative Indikatoren verbessert werden. Die meisten Teilnehmer an der Konsultation hätten sich für eine Beibehaltung des ESF ausgesprochen, ebenso hätten viele die Einführung einer neuen Zwischenkategorie an Regionen gefordert (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).  
[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/consultation/5cr/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/5cr/index_de.cfm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

#### **EP NIMMT ENTSCHEIDUNG ZUR EU-LEITINITIATIVE „JUGEND IN BEWEGUNG“ AN**

Das EP hat am 12.05.2011 auf der Grundlage eines Berichts des Abgeordneten *Milan Zver* (SLO/EVP) eine Entschließung zu „Jugend in Bewegung – ein Rahmen für die Verbesserung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa“ angenommen. Diese Entschließung steht im Kontext der Europa 2020-Strategie und greift die von der Kommission im Herbst 2010 vorgestellte EU-Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ auf (EB 15/10). Das EP tritt für eine ehrgeizige Mittelausstattung für den Bildungsbereich sowohl seitens der Mitgliedstaaten als auch seitens der EU ein und ersucht die Kommission, eine erhebliche Aufstockung der für die Bildungsprogramme vorgesehenen Finanzmittel einzuplanen. Zugleich spricht sich das EP für die Beibehaltung eines eigenen Jugendprogramms ab 2014 aus.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0230&format=XML&language=DE>

#### **EUROBAROMETER-UMFRAGE ZUR MOBILITÄT JUNGER MENSCHEN**

Eine Eurobarometer-Umfrage, die von der Kommission im Rahmen der EU-Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ anlässlich der Europäischen Jugendwoche 2011 durchgeführt wurde, hat ergeben, dass 53 % der jungen Menschen in Europa bereit oder interessiert daran sind, im europäischen Ausland zu arbeiten. Demgegenüber ist die Mobilität zu Studien- und Ausbildungszwecken mit



14 % offenbar primär aus finanziellen Gründen wesentlich kleiner.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/567&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

### **INTERAKTIVER ONLINE-LEITFADEN ZUR QUALITÄTSSICHERUNG IN DER BERUFLICHEN AUS- UND WEITERBILDUNG**

Ein neuer interaktiver Leitfaden soll Entscheidungsträger bei der Entwicklung und Evaluierung von Qualitätssicherungssystemen in der beruflichen Bildung unterstützen. Der Leitfaden, der nur auf Englisch verfügbar ist, steht im Zusammenhang mit der im Jahr 2009 von Rat und EP angenommenen Empfehlung zur Einrichtung eines Europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (EQAVET).

<http://www.eqavet.eu/ga/gns/home.aspx>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **ENTSCHLIESSUNG DES EP VOM 12.05.2011 ZUR EU-LEITINITIATIVE „INNOVATIONSUNION“**

Das EP begrüßt in einer Entschliessung vom 12.05.2011 auf der Grundlage eines Berichts der Abgeordneten *Judith Merkies* (S&D, Niederlande) die Leitinitiative Innovationsunion der Kommission, die darauf abzielt, eine strategische, integrierte und unternehmensorientierte europäische Innovationspolitik einzuführen. Politisch gesehen sind die Hauptziele der Innovationsunion die Koordinierung der Politik von Kommission und Mitgliedstaaten und die Schaffung von Synergien im Bereich der Innovationspolitik. Die Kommission plant dazu eine Vielzahl von Initiativen; in den meisten Fällen liegen die jeweiligen konkreten Vorschläge aber noch nicht vor. Dabei sieht das EP die Anliegen der Bürger und das aktive Engagement der Unternehmen als die Hauptmotoren der Innovation. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Modernisierung des Bildungswesens.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0236+0+DOC+XML+V0//DE>

### **EP NIMMT ENTSCHLIESSUNG ZU „JUGEND IN BEWEGUNG“ AN**

Das EP hat am 12.05.2011 auf der Grundlage des Berichts des Abgeordneten *Milan Zver* (EVP, Slowenien) eine Entschliessung zur EU-Leitinitiative „Jugend



in Bewegung – ein Rahmen für die Verbesserung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa“ angenommen. Diese Entschließung steht im Kontext der Strategie „Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“. Das EP begrüßt die Initiative „Jugend in Bewegung“, bedauert dabei aber, dass die von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Europa 2020-Strategie erstellten nationalen bildungspolitischen Zielwerte die angestrebten europäischen Durchschnittswerte nicht erreichen, und fordert die Kommission vor diesem Hintergrund zur Überwachung der Umsetzung in den Mitgliedstaaten sowie zu deren Unterstützung auf. Das EP fordert eine ehrgeizige Mittelausstattung für den Bildungsbereich sowohl seitens der Mitgliedstaaten als auch seitens der EU, letzteres u. a. in Bezug auf die neue Generation der europäischen Bildungs- und Jugendprogramme (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0230&format=XML&language=DE>

#### **FÖRDERUNG            ELEKTRONISCHER            GESUNDHEITSDIENSTE: EHEALTH-WOCHE IN BUDAPEST**

Vom 10. - 12.05.2011 fand in Budapest auf Initiative der Kommission sowie der Ratspräsidentschaft die Europäische eHealth-Woche 2011 statt, bei der über 2.500 Teilnehmer zusammenkamen. Das immense Entwicklungspotenzial dieses Sektors bildete für die Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten und interessierte Experten Anlass darüber zu diskutieren, inwiefern mithilfe von Informations- und Kommunikations-Technologien (IKT) den Herausforderungen im Gesundheitswesen, wie der Alterung der Bevölkerung, der Zunahme an chronischen Krankheiten, Budgetkürzungen und dem Mangel an Gesundheitsfachkräften, begegnet werden kann. Hierbei stand der Austausch über die neuesten technologischen Entwicklungen bei den elektronischen Gesundheitsdiensten, wie z. B. bei der Erstellung von Ferndiagnosen, der Fernüberwachung des Gesundheitszustandes von Patienten sowie der sicheren elektronischen Übermittlung von Patientendaten im Vordergrund. Am 10.05.2011 verabschiedete die ungarische Ratspräsidentschaft eine Erklärung, die die Mitgliedstaaten dazu aufruft, elektronische Gesundheitsdienste zum Vorteil von Patienten und des Gesundheitspersonals sowie für nachhaltige nationale Gesundheitssysteme verstärkt einzusetzen. Die darin genannten konkreten Ziele umfassen z. B. die Verbesserung des Telemonitorings für die Kontrolle



chronisch Kranker, eine entsprechende Instruierung des Fachpersonals sowie die Schaffung interoperabler Systeme (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Link zur eHealth-Woche:

<http://www.worldofhealthit.org/default.aspx>

Erklärung der Ratspräsidentschaft:

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/287&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Informationen zur EU-Taskforce für eHealth:

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/551&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Studie:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/newsroom/cf/item-detail-dae.cfm?item\\_id=6952](http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/item-detail-dae.cfm?item_id=6952)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **EP-PLENUM VOM 09. - 12.05.2011 IN STRASSBURG – WICHTIGE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG**

Auf seiner Tagung vom 09.-12.05.2011 hat das Europäische Parlament (EP) u. a. Entschlüsse zur Antibiotikaresistenz und zur Rolle der Wälder beim Klimaschutz angenommen sowie eine Aussprache zu neuartigen Lebensmitteln und zum Klonfleisch geführt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0238+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0226+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110506IPR18894/html/Parliament-issues-urgent-call-to-regulate-cloned-foods>

### **EUGH ERWEITERT KLAGEMÖGLICHKEITEN FÜR UMWELTVERBÄNDE BEI UVP-PFLICHTIGEN VORHABEN**

Am 12.05.2011 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein Urteil im Fall Trianel Kohlekraftwerk Lünen veröffentlicht (Rechtssache C-115/09). Der Fall betrifft die Klagebefugnis von Umweltverbänden gegen UVP-pflichtige Vorhaben. Der EuGH hat die Position der Verbände deutlich gestärkt und die



Begrenzungen in § 2 des deutschen Umweltrechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) jedenfalls zum Teil verworfen: Danach war die Rügemöglichkeit bisher auf solche Normen begrenzt, die ein subjektives Recht verleihen. Anders als ein Privatkläger mussten Umweltverbände allerdings nicht selbst in diesem Recht verletzt sein, sie waren insoweit privilegiert. Nach dem EuGH muss die Privilegierung weiter reichen: Art. 10a der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung verlange, dass Umweltverbände auch die Verletzung solcher Normen rügen können, die keine subjektiven Rechte schützen wollen, sondern lediglich dem Allgemeininteresse dienen (zum Beispiel Art. 6 der Habitatrichtlinie). Zusätzlich hat der EuGH entschieden, dass die Richtlinie ein solches Klagerecht unmittelbar einräumt, so dass das Recht auch ohne Änderungen im deutschen Recht geltend gemacht werden kann. In der Debatte um Infrastruktur- und Kraftwerksbau („Energiewende“) dürfte das Urteil durchaus eine Rolle spielen: Nicht zufällig hat ein Kraftwerksbau das Verfahren ausgelöst. Möglicherweise ist mit einer Zunahme von Klageverfahren gegen solche Vorhaben zu rechnen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT und StMI in diesem EB).

#### **KONSULTATION ZUR VERWENDUNG VON KUNSTSTOFF- TRAGETASCHEN UND ZUR VERBESSERUNG DER VERPACKUNGS- RICHTLINIE**

Am 17.05.2011 hat die Kommission eine Online-Konsultation zur Minderung der Verwendung von Kunststofftragetaschen bzw. zur Verbesserung der Anforderungen an die biologische Abbaubarkeit von Kunststoffen durch die Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle gestartet. Bis zum 09.08.2011 sind jetzt die Öffentlichkeit, Industrie, Gewerbe und Verbände aufgerufen, Beiträge und Ideen zur Minderung von Plastikmüll in der Umwelt einzubringen.

Zur Konsultation:

[http://ec.europa.eu/environment/consultations/plasticbags\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/consultations/plasticbags_en.htm)

Hintergrundinformationen zur Richtlinie 94/62/EG:

[http://ec.europa.eu/environment/waste/packaging/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/waste/packaging/index_en.htm)

#### **DATEN ZUM EMISSIONSHANDELSSYSTEM FÜR 2010 VERÖFFENTLICHT**

Am 16.05.2011 hat das zentrale Register CITL (Community Independent Transaction Log) innerhalb des EU-Emissionshandels die Auswertung der Emissionsmengen für 2010 veröffentlicht. Demnach sind im vergangenen Jahr



die Emissionsmengen der Unternehmen, die am EU-Emissionshandelssystem (EU-EHS) teilnehmen, um mehr als 3 % gegenüber dem Krisenjahr 2009 angestiegen, blieben aber unter der Obergrenze für den Handelszeitraum 2008 - 2012.

Pressemeldung zur Auswertung der EU-EHS Daten mit den Länderangaben:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/581&format=TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Homepage zum Register der GD Klimapolitik auf EUROPA

[http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/citl\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/citl_en.htm)

### **EUGH URTEILT ZUR VERÖFFENTLICHUNG VON BEIPACKZETTELN VON VERSCHREIBUNGSPFLICHTIGEN ARZNEIMITTELN IM INTERNET**

Mit Urteil vom 05.05.2011 hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) festgestellt, dass Arzneimittelhersteller ohne Verstoß gegen das Werbeverbot die Packungsbeilage eines verschreibungspflichtigen Medikamentes unverändert in das Internet einstellen dürfen. Entscheidend sei, dass mit der Veröffentlichung der sachlichen Informationen keine Absatzsteigerung verfolgt werde. Dies sei der Fall, wenn die Informationen nicht unaufgefordert verteilt würden (z. B. durch sog. „Pop-up-Fenster“), sondern Patienten die Informationen nur durch aktive Suche erhalten könnten. Zudem müssten die Informationen über das verschreibungspflichtige Medikament unverändert, d. h. in der wörtlichen und vollständigen Wiedergabe der Packungsbeilage oder der behördlich genehmigten Zusammenfassung der Merkmale des Arzneimittels ohne Ergänzungen oder Umgestaltungen bestehen. Im Weiteren ist es Sache des BGH im Ausgangsverfahren zu entscheiden, ob unter Berücksichtigung der Ausführungen des EuGH und aller Umstände des Einzelfalles ein Fall unzulässiger Werbung vorliegt oder nicht.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&jurcdj=jurcdj&newform=newform&docj=docj&docop=docop&docnoj=docnoj&typeord=ALLTYP&numaff=&ddatefs=2&mdatefs=5&ydatefs=2011&ddatefe=9&mdatefe=5&ydatefe=2011&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Rechercher>

### **FÖRDERUNG ELEKTRONISCHER GESUNDHEITSDIENSTE: EHEALTH-WOCHE IN BUDAPEST**

Vom 10. bis 12.05.2011 fand in Budapest auf Initiative der Kommission sowie



der Ratspräsidentschaft die Europäische eHealth-Woche 2011 statt, bei der über 2.500 Teilnehmer zusammenkamen. Das immense Entwicklungspotenzial dieses Sektors bildete für die Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten und interessierte Experten Anlass, darüber zu diskutieren, inwiefern mithilfe von Informations- und Kommunikations-Technologien (IKT) den Herausforderungen im Gesundheitswesen wie der Alterung der Bevölkerung, der Zunahme an chronischen Krankheiten, Budgetkürzungen und dem Mangel an Gesundheitsfachkräften begegnet werden kann. Hierbei stand der Austausch über die neuesten technologischen Entwicklungen bei den elektronischen Gesundheitsdiensten, wie z. B. bei der Erstellung von Ferndiagnosen, der Fernüberwachung des Gesundheitszustandes von Patienten sowie der sicheren elektronischen Übermittlung von Patientendaten im Vordergrund. Am 10.05.2011 verabschiedete die ungarische Ratspräsidentschaft eine Erklärung, die die Mitgliedstaaten dazu aufruft, elektronische Gesundheitsdienste zum Vorteil von Patienten und des Gesundheitspersonals sowie für nachhaltige nationale Gesundheitssysteme verstärkt einzusetzen. Die darin genannten konkreten Ziele umfassen z. B. die Verbesserung des Telemonitorings für die Kontrolle chronisch Kranker, eine entsprechende Instruierung des Fachpersonals sowie die Schaffung interoperabler Systeme.

Link zur eHealth-Woche:

<http://www.worldofhealthit.org/default.aspx>

Erklärung der Ratspräsidentschaft:

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/287&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Informationen zur EU-Taskforce für eHealth:

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/551&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Studie:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/newsroom/cf/item-detail-dae.cfm?item\\_id=6952](http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/item-detail-dae.cfm?item_id=6952)

### **ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 17.05.2011 IN BRÜSSEL**

Am 17.05.2011 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei (Agrarrat) in Brüssel. Diskussionsgegenstand war u. a. der für September angekündigte Kommissionsbericht zum Schutz von Tieren beim Transport und die Fortschritte bei den Verhandlungen über den Codex Alimentarius (UN-Programm zur



Lebensmittelsicherheit).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/122074.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/122074.pdf)

### **RAPEX: KOMMISSION STELLT ERGEBNISSE DES JAHRESBERICHTS 2010 ZUM SCHNELLWARNSYSTEM FÜR VERBRAUCHERPRODUKTE VOR**

Die Kommission hat am 12.05.2011 die Ergebnisse des RAPEX-Jahresberichts 2010 vorgestellt. An dem Schnellwarnsystem für Verbraucherprodukte ausgenommen Lebensmittel („Rapid Alert System for non-food consumer products“) nehmen derzeit 30 Staaten teil -neben den EU-Mitgliedstaaten Island, Liechtenstein und Norwegen. Gegenüber 2009 ist die Zahl der Schnellwarnungen erneut um 13 % auf 2244 gestiegen. Damit wurden fast fünfmal so viele Meldungen abgegeben wie beim Start des Systems vor sieben Jahren (s. auch Beitrag des StMAS in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/index_en.htm)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/288&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION UND FVE VERANSTALTEN VIERTE EU-VETERINÄRWOCHEN**

Vom 16. - 22.05.2011 fand zum vierten Mal die EU-Veterinärwoche statt, die seit 2008 jährlich von der Kommission zusammen mit dem Europäischen Verband der Tierärzte (FVE) veranstaltet wird. Wie auch in den Jahren zuvor, sollte in verschiedenen Veranstaltungen die Bedeutung des Berufsstandes der Tierärzte, der in diesem Jahr sein 250-jähriges Bestehen feiert, für die Tiergesundheit und die Lebensmittelsicherheit gewürdigt werden. Aus diesem Anlass und vor dem Hintergrund zunehmender Mobilität von Menschen, Tieren und Lebensmitteln hat die Kommission am 19./20.05.2011 in Brüssel auf einer Konferenz das EU-Krisenmanagement in der Lebensmittelkette und die Rolle und Aufgaben der Veterinäre dabei vorgestellt. Die Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) hat in Anerkennung des wichtigen Beitrages der ca. 200.000 in Europa tätigen Veterinäre für die Gesellschaft das Jahr 2011 mit dem Motto „Tierärzte in unserem Alltag“ zum Welt-Veterinär-Jahr ausgerufen.

EU-Veterinärwoche:

<https://www.vetsinyourdailylife.org/de/ueber-uns/dg-sanco-und-die-oie.html>



Konferenz:

[http://ec.europa.eu/dgs/health\\_consumer/dyna/vetweek/FINAL\\_AGENDA.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dyna/vetweek/FINAL_AGENDA.pdf)

Welt-Veterinär-Jahr:

<http://www.vet2011.org/index.php>

<http://www.oie.int/en/for-the-media/vet-2011>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **BERICHT ZUM PROGRAMM ZUR FREQUENZPOLITIK (RSPP) IM EP VERABSCHIEDET**

Am 11.05.2011 nahm das EP den Bericht des Abgeordneten *Gunnar Hökmark* (EVP/SWE) zum Programm zur Frequenzpolitik (Radio Spectrum Policy Programme – RSPP) an. Vorausgegangen war am 09.05.2011 eine Plenardebatte, in der der Bericht mehrheitlich und fraktionsübergreifend auf überwiegend positives Echo stieß. Kritisch äußerten sich jedoch Mitglieder des Kultur Ausschusses, insbesondere dessen Berichterstatterin, *Petra Kammerevert* (S&D/D) sowie *Sabine Verheyen* (EVP/D), die anmahnten, die Regelungen des Telekommunikations-Paketes (insbesondere dessen Rundfunkausnahmen) nicht auszuhebeln.

Der Text des EP zum RSPP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2011-0151&language=DE>

### **KOMMISSION KÜNDIGT WEITERE SENKUNG DER ROAMING-KOSTEN AN**

Die Kommission will im Juni Vorschläge zur weiteren Senkung der Roaming-Kosten für Gespräche, SMS und Daten über Handy vorlegen. Die Kommissarin für die Digitale Agenda, Vizepräsidentin *Neelie Kroes*, kündigte außerdem an, Handykunden die Möglichkeit einzuräumen, sich für einen alternativen Roaming-Provider zu entscheiden, und zwar unter gleichzeitiger Beibehaltung ihrer gültigen Handynummer.

Pressebericht hierzu:

<http://www.euractiv.de/digitale-agenda/artikel/brssel-will-roaming-kosten-weiter-senken-004821>



### **KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZU CLOUD COMPUTING**

Zur Vorbereitung eines im Jahr 2012 geplanten Strategiepapieres für das sog. Cloud Computing hat die Kommission Bürger, Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und andere Interessenten aufgefordert, bis zum 31.08.2011 ihre Erfahrungen, Bedürfnisse und Erwartungen in diesem Zusammenhang darzulegen.

Der Fragebogen ist abrufbar unter:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=cloudcomputing&lang=de>

### **ERSTE EUROBAROMETERUMFRAGE ZU SPRACHPRÄFERENZEN DER ONLINENUTZER VERÖFFENTLICHT**

Nach einer am 11.05.2011 veröffentlichten Eurobarometerumfrage bevorzugen neun von zehn Internetnutzern in der EU Websites in ihrer Muttersprache. Demgegenüber surfte im Durchschnitt lediglich jeder Zweite (in Deutschland 65 %, in Österreich 65 % und in Großbritannien 9 %) zumindest gelegentlich auch in einer Fremdsprache, meistens Englisch. Daraus schließt die Kommission, dass Investitionen in online-Übersetzungsmaschinen notwendig seien, damit die Internetnutzer in der EU nicht wegen mangelnder Sprachkenntnisse von online angebotenen Informationen oder Produkten ausgeschlossen würden.

Der Eurobarometer „User language preferences online“ ist abrufbar unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/556&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **FÖRDERUNG ELEKTRONISCHER GESUNDHEITSDIENSTE: EHEALTH-WOCHE IN BUDAPEST**

Vom 10. - 12.05.2011 fand in Budapest auf Initiative der Kommission sowie der Ratspräsidentschaft die Europäische eHealth-Woche 2011 statt, bei der über 2.500 Teilnehmer zusammenkamen. Das immense Entwicklungspotenzial dieses Sektors bildete für die Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten und interessierte Experten Anlass, darüber zu diskutieren, inwiefern mithilfe von Informations- und Kommunikations-Technologien (IKT) den Herausforderungen im Gesundheitswesen wie der Alterung der Bevölkerung, der Zunahme an chronischen Krankheiten, Budgetkürzungen und dem Mangel an Gesundheitsfachkräften begegnet werden kann.